

Meerbusch, den 01.06.2006

An die Vorsitzende des Schulausschusses
Frau Kox
Stadt Meerbusch
-über das Ratsbüro-
Postfach 1664
40641 Meerbusch

**Dringlicher Antrag / Anfrage
Schulausschusssitzung 14. Juni 2006
Integrativer Unterricht**

Sehr geehrte Frau Kox,

für die obige Sitzung des Schulausschusses bitten wir darum in der Tagesordnung den Punkt

integrativer Unterricht

aufzunehmen.

Der Ausschuss möge sich mit der aktuellen Problematik einer Absage für die integrative Beschulung eines Meerbuscher Schülers auseinandersetzen und eine Lösung erarbeiten, die zu einer möglichst sofortigen Klärung mit einer zeitnahen zeitlichen Perspektive für den vorliegenden Antrag des Ehepaares Immink führt.

Der Ausschuss möge sich ebenso, unabhängig von diesem Einzelfall, mit dem damaligen Ratsbeschluss vom 27.01.2005 beschäftigen und klären, welche Maßnahmen bisher durchgeführt wurden bzw. erforderlich sind.

Anfrage an die Verwaltung

Diesbezüglich bitten wir die Verwaltung im Rahmen einer Anfrage um die Beantwortung folgender Fragen:

- Entsprechend dem Ratsbeschluss vom 27.01.2005 war die Verwaltung aufgefordert, Kontakte mit den Meerbuscher weiterführenden Schulen aufzunehmen, um Rahmenbedingungen für den zielfferenten Unterricht an einer Meerbuscher Schule

zu schaffen. Ersatzweise (nicht vorzugsweise) wurde um eine Kooperation mit angrenzen Gemeinden gebeten.

- Welche Gespräche wurden seit dem Ratsbeschluss mit welchen Schulen, mit welchem Ergebnis und welcher Perspektive geführt?
Wir bitten um Zugang zu den diesbezüglichen Protokollen und Gesprächsnotizen.
- Welche Kontakte haben diesbezüglich mit den Schulaufsichtsbehörden bestanden, um Unterstützung einzuholen und eine Umsetzung zu klären?
- Gibt es eine aktuelle Bestandaufnahme, für wie viele Schülerinnen und Schülern in absehbarer Zeit mit einer integrativen Beschulung zu rechnen ist und wie sind die Zahlen?
- Welche Unterstützung bietet die Schulverwaltung den Eltern zur Klärung dieser schulischen Übergänge an?

Gründe:

Die Umsetzung des Ratsbeschlusses ist derzeit nicht sichergestellt. Dies ergibt sich u.a. daraus, dass nach unserer Einschätzung ausschließlich auf die Kooperation mit der Stadt Krefeld gesetzt wurde. Aus der hieraus resultierenden Vereinbarung, ergibt sich bedauerlicherweise anscheinend keine Rechtsverbindlichkeit. Die Folgen gehen zu Lasten der Eltern und SchülerInnen. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel und bedarf dringend einer Lösung.

gez. H. Ruyter
Bündnis 90 / Die Grünen

gez. G. Wellhausen
FDP